



NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 31.05.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:40



Anwesenheitsliste

CDU

Susanne Burgdörfer

Florian Feierabend

Claudia Luppert

Petra Meder

Gerhard Mosebach

SPD

Ralf Haug

Birgit Hoffmann

Hans Peter Thiel

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Sophia Maroc

Pfeffer und Salz

Andreas Barlang

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Berichterstatter

Claus Eisenstein

Vertreter der Jugendverbände

Evangelische Jugend Nadja Lackner

Susanne Scharhag

Vertreter der evangelischen Kirche



Dekan Volker Janke

Vertreter der Vereinigungen der freien Jugendhilfe

Caritaszentrum Bruno Kühn

Silke Thomas

Beauftragter für Jugendsachen der Polizeidirektion Landau

Werner Bachmann

Vertreter der katholischen Kirche

Dekan Axel Brecht

Sonstige

Arno Schönhöfer

Schriftführer/in

Gisela Beck

Vertreterin des für den Bezirk des Jugendamtes zuständigen Agentur für Arbeit

Cornelia Pfirmann

Vertreter der Interessen ausländischer junger Menschen

Nuriye Aktas

Vertreter der Jugendverbände

Eric Holzmann

Vertreter der Eltern der Kindertagesstätten

Andreas Hoffmann

Vertreter der Vereinigungen der freien Jugendhilfe

Heinrich Braun

Vertreter für Herrn Thomas



Entschuldigt

SPD

Monika Vogler

FWG

Linda Klein

Mitglied aus der mit Vormundschafts-, Familien- oder Jugendsachen befassten Richterschaft

Judith Schelp

Vertreter aus dem Kreis des Personals der Landauer Kindertagesstätten

Christiane Erbach

Fachkraft des Gesundheitsamtes

Dr. Veronika Jäger

Vertreter der Jugendverbände

Anne Klein

Kommunale Frauenbeauftragte

Evi Julier

Vertreter der Vereinigungen der freien Jugendhilfe

Vera Haug

Vertreter der Lehrerschaft (ADD)

Sabine Sielemann

Vertreter der Vereinigungen der freien Jugendhilfe

Jürgen Thomas

Vertreter Herr Braun



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Neuverpflichtung der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
3. Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes zum 1. März 2016
Vorlage: 510/066/2016
4. Vorstellung des Sachgebietes "Vormundschaften und Pflegschaften"
5. Informationen zur Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen
6. Sonstiges



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.
Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht gemacht.

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Neuverpflichtung der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Andreas Hoffmann (Vertreter der Eltern der Kindertagesstätten) als neues Mitglied im Jugendhilfeausschuss und weist ihn auf seine Rechten und Pflichten hin. Stellvertreter von Herrn Hoffmann ist Herr Valentin Berger.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes zum 1. März 2016

Unter Verweis auf die Sitzungsvorlage teilt der Vorsitzende mit, dass es durch die Um- und Ausbaumaßnahmen der vergangenen Jahre gelungen war, eine Bedarfsdeckung an Kindertagesbetreuung von fast 100 % im letzten Jahr zu erreichen. Aufgrund steigender Zuzüge und einem überraschenden Geburtenanstieg kommt es nun jedoch zu einem zusätzlichen Bedarf an Betreuungsplätzen. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, fünf neue Gruppen in Landau einzurichten. Nach Umzug der bisherigen Kindertagesstätte Haus am Nordring in den Neubau am Fort sollen im Gebäude Nordring 6 wieder zwei Gruppen eingerichtet werden. Parallel dazu ist eine weitere dreigruppige Kindertagesstätte geplant. Damit die notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden können, sind erhebliche Investitionen erforderlich; für den Betrieb der zusätzlichen Gruppen werden weitere Personal- und Sachkosten anfallen.

Der Ausbau der Schulkindbetreuung muss daher zunächst zurückgestellt werden, ist aber für die Zukunft vorgesehen.

Herr Eisenstein informiert über die wesentlichen Punkte des Kindertagesstättenbedarfsplanes anhand einer Power-Point-Präsentation. Eine Ausfertigung wird mit der Niederschrift verschickt.

Frau Meder merkt an, dass die neue Kindertagesstätte in der Südstadt angesiedelt werden solle, jedoch in der Innenstadt ein erhöhter Bedarf bestehe.

Der Vorsitzende erwidert, dass eine Ansiedlung der neuen Kindertagesstätte im originären Innenstadtbereich wünschenswert sei, hier jedoch keine Objekte mit ausreichend großem Außengelände zur Verfügung stehen.

Herr Eisenstein ergänzt, dass eine wohnortnahe Versorgung optimal wäre, sich der Rechtsanspruch jedoch auf das gesamte Stadtgebiet beziehe. Zurzeit werde eine Neueinteilung der Kindergartenbezirke geprüft.

Frau Scharhag erkundigt sich unter Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip nach der Trägerschaft der geplanten Kita.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Trägerabfrage erfolge, sobald die Einrichtung der neuen Kita durch die Gremien beschlossen sei.

Frau Thomas interessiert, wann mit einem Ausbau der Hortbetreuung zu rechnen sei. Der Vorsitzende antwortet, dass dies sobald wie möglich umgesetzt werde.

Frau Burgdörfer fragt nach, wie man Kindertagesstätten unterstützen könne, die viele Flüchtlingskinder betreuen und wie der geplante Ausbau der Kindertagespflege umgesetzt werde.

Herr Eisenstein teilt mit, dass zusätzliche Maßnahmen zur Integration und zur Sprachförderung der Kinder geplant seien. Um einen Ausbau der Kindertagespflege zu erreichen, werde versucht, neue Kindertagespflegepersonen zu gewinnen.

Frau Follenius-Büssow erinnert daran, dass auch die Integration von Kindern mit Sonderbedarf erforderlich sei.



Herr Brecht gibt zu bedenken, dass die Mischung in den Einrichtungen stimmen müsse, um eine qualitativ gute Arbeit zu ermöglichen. Dies solle bei einer Neueinteilung der Kindergartenbezirke berücksichtigt werden.

Herr Eisenstein antwortet, dass über die Aufnahme eines Kindes der Träger entscheide. Absprachen zwischen den Einrichtungen/Trägern sollen eine adäquate Verteilung ermöglichen.

Frau Meder verweist nochmals auf die fehlenden Räume in der Innenstadt. Herr Eisenstein erwartet eine Entlastung durch die Fortführung der Kindertagesstätte im Nordring.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Beschlussvorschlag:

Der Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes vom 1. März 2016 wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Vorstellung des Sachgebietes "Vormundschaften und Pflegschaften"

Frau Morio, Sachbearbeiterin beim Jugendamt, stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Sachgebiet Vormundschaften und Pflegschaften vor. Eine Ausfertigung wird mit der Niederschrift versandt.

Auf Nachfrage von Frau Follenius-Büssow erläutert Frau Morio, dass Amtsvormundschaften über unbegleiteten minderjährigen Ausländer grds. beim Jugendamt angesiedelt sind. In der Regel sind die jugendlichen Flüchtlinge zwischen 14 und 17 Jahren alt. Wichtige Entscheidungen werden nach Beratung und Absprache mit den Kollegen/innen und dem Allgemeinen Sozialdienst getroffen.

Herr Eisenstein ergänzt, dass zur Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer ein besonderes Team aus Mitarbeitern des Jugendamtes gebildet wurde. Bei speziellen Fragestellungen werden ggf. Spezialisten zu Rate gezogen.

Herr Barlang interessiert, wie viele Vormundschaften auf den einzelnen Sachbearbeiter entfallen und wie häufig Besuchskontakte stattfinden. Frau Morio antwortet, dass nach den gesetzlichen Vorgaben ein Sachbearbeiter für bis zu 50 Vormundschaften zuständig ist. Da neben den Vormundschaften auch noch für Beistandschaften zu ihrem Aufgabengebiet gehören, betreut sie zurzeit 20 Vormundschaften. Grundsätzlich solle mit jedem Mündel monatlich ein Besuchskontakt stattfinden. Dies ist im Jahresbericht an das Vormundschaftsgericht zu dokumentieren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Informationen zur Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen

Frau Weindel-Jöckle, Leitung der Sozialen Dienste, informiert mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation über die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Landau. Anschließend berichtet Frau Beatrice Kato, zuständige Mitarbeiterin für Asyl und Migration, über die Umsetzung und Erfahrungen aus der Praxis. Eine Ausfertigung der Präsentation wird mit der Niederschrift versandt.

Herr Braun fragt nach, wie die weiblichen Mitarbeiter die Akzeptanz seitens männlicher jugendlicher Flüchtlinge erleben.

Frau Morio antwortet, dass dies unterschiedlich sei. Beim Jugendamt sind im Bereich Vormundschaften zwei männliche Mitarbeiter beschäftigt, sodass geschlechtsspezifische Gesichtspunkte bei der Zuteilung der Vormundschaften berücksichtigt werden können.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Sonstiges

Verwendung des Betreuungsgeldanteils

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass Rheinland-Pfalz von den ursprünglich vom Bund für das Betreuungsgeld vorgesehenen Mitteln einen Betrag von 96 Millionen erhält. Die Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände haben vereinbart, dass die Hälfte davon in den Jahren 2016, 2017 und 2018 an die örtlichen Träger der Jugendhilfe weitergeleitet wird. Das der Stadt Landau zugeteilte Budget beläuft sich auf jährlich 171.712,90 €, also auf insgesamt 515.138,70 €.

Herr Eisenstein teilt mit, dass die Gelder zweckgebunden zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung und für zusätzliche Ausgaben zur Betreuung von Flüchtlingskindern einzusetzen ist.

In Landau sind folgende Maßnahmen geplant:

- Zeitweise Aufstockung der Kita-Fam/Kita-Plus-Arbeit in den Gebieten Innenstadt, Horst, Südstadt
- Zusätzliche Sprachförderung in Kitas aufgrund vorhandener Anträge und Unterdeckung durch das Landesbudget
- Sprachförderung für Flüchtlingsfamilien mit Betreuungsangeboten (Haus der Familie/Profes/VHS) in den Einzugsgebieten Südstadt, Stadtmitte und Horstgebiet
- Zusätzliche Stellenanteile für Integrationsfachkräfte
- Kosten für Sprachmittler und Dolmetscher



Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 31.05.2016 umfasst 6 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis

Vorsitzender

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Gisela Beck
Schriftführerin